

Ä1 Ostsee schützen, Fischerei erhalten, Angeltourismus einbinden: GRÜNE Fischereipolitik für Mecklenburg-Vorpommern

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 23.02.2018

Änderungsantrag zu A2

Von Zeile 108 bis 109:

- als Vorbild handeln und u.a. eine **Beweislastumkehr** wirksame Kontrolle bei der Quoteneinhaltung **einführen** durchsetzen, z.B. durch die Einführung eines elektronischen

In Zeile 119 löschen:

- werden

In Zeile 132 löschen:

- deren überregionale Ausstrahlung.

In Zeile 138 löschen:

- kontrolliert werden muss.

Ä2 Ostsee schützen, Fischerei erhalten, Angeltourismus einbinden: GRÜNE Fischereipolitik für Mecklenburg-Vorpommern

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 23.02.2018

Änderungsantrag zu A2

In Zeile 119 löschen:

- werden

Von Zeile 132 bis 134:

- deren überregionale Ausstrahlung.
- Eine sinnvolle Beschränkung der **Tagesfangmengen für Freizeitfischerei**, **bei Fischarten bei denen aus wissenschaftlicher Sicht unbedingt erforderlich ist**, unterstützt nicht nur die Reproduktionszyklen gefährdeter Fischarten,

In Zeile 138 löschen:

- kontrolliert werden muss.

Ä1 Klimaschutz-Akteure in Verbänden, Energiegenossenschaften, Kommunen und Stadtwerken stärken!

Antragsteller*in: Falk Jagszent (Mecklenburgische Seenplatte KV)

Änderungsantrag zu V2

In Zeile 34 einfügen:

vorantreiben. So gibt es beispielsweise im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte einen Beschluss aus dem Jahr 2012, den Landkreis zur Erneuerbare-Energie-Region zu entwickeln. Als erstes Klimaschutz-Teilkonzept wurde für alle kreiseigenen Liegenschaften auch auf Initiative der GRÜNEN Kreistagsfraktion eine Energiemanagementplanung erstellt. GRÜN macht hier weiter Druck! Ein weiteres Beispiel: Die in Neustrelitz errichtete Bürgersolaranlage auf einer Schule zeigt darüber hinaus, dass sich Instrumente des bürgerschaftlichen Engagements, wirtschaftlicher Erfolg und Umweltbildung sehr gut miteinander verbinden lassen.

Begründung

Einfügung eines Beispiels.

Unterstützer*innen

Helge Kramer, KV MSE; Jutta Wegner, KV MSE; Monika Göpper, KV MSE; Fabian Czerwinsky, KV VR

Ä2 Klimaschutz-Akteure in Verbänden, Energiegenossenschaften, Kommunen und Stadtwerken stärken!

Antragsteller*in: Peter Madjarov

Änderungsantrag zu V2

In Zeile 34 einfügen:

vorantreiben.

In Greifswald verwirklichen Aktuer*innen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft gemeinsam Schritte zu einer klimaneutralen Kommune. So werden alle kommunalen Neubau- und Komplettsanierungsmaßnahmen nach Qualitätsniveau "Silber" nach BNB (Bewertungssystem nachhaltiges Bauen) projektiert und gebaut. Mit dem "Masterplan 100 % Klimaschutz" wurde ein detailliertes Konzept beschlossen, das zeigt, wie die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 95 % gegenüber 1990 reduziert werden können. Auch in den Bereichen Carsharing, E-Fahrzeuge und Fuhrparkmanagement sorgt die Stadt mit einem abgestimmten Konept für ein verbessertes Angebot, das klimafreundlichere Mobilität ermöglicht. Durch Kraft-Wärme-Kopplung - unterstützt durch die städtische Fernwärmesatzung - sorgen die Stadtwerke für hocheffiziente Erzeugung von Wärme und Strom. Greifswald pflegt zudem mit seiner Partnerstadt, der brasilianischen Stadt Pomerode, einen globalen Ansatz zum Klimaschutz. Zwischen beiden Städten besteht eine gelebte Klimapartnerschaft zum Austausch von Erfahrungen und Ansätzen.

Begründung

Einfügung weiterer Beispiele

Unterstützer*innen

Alexander Krüger (KV VG); Ullrich Bittner (KV VG); Ulrike Berger (KV VG); Christoph Oberst (KV VG)

Ä3 Klimaschutz-Akteure in Verbänden, Energiegenossenschaften, Kommunen und Stadtwerken stärken!

Antragsteller*in: LAG Energie

Beschlussdatum: 22.02.2018

Änderungsantrag zu V2

Von Zeile 14 bis 17:

Die Neuauflage der GroKo im Bund stellt mit ihrem **SondierungspapierKoalitionsvertrag** einen Abgesang nicht nur auf die selbstgesetzten Klimaziele für 2020 (**Stichwort "Handlungslücke"**) dar, sondern drückt sich faktisch auch um die Verantwortung für die Pariser Klimaziele für 2030. Dringend erforderliche konkrete Sofortmaßnahmen **wie der Kohleausstieg** werden vertagt und auf

Begründung

Am 7. Februar 2018, also nach Antragsschluss, veröffentlichten CDU, CSU und SPD ihren Koalitionsvertrag für eine Neuauflage der GroKo. Stichworte aus der öffentlichen Debatte sollen Kritik unterstreichen.

Ä4 Klimaschutz-Akteure in Verbänden, Energiegenossenschaften, Kommunen und Stadtwerken stärken!

Antragsteller*in: Fabian Czerwinski (Vorpommern-Rügen KV)

Änderungsantrag zu V2

In Zeile 34 einfügen:

vorantreiben.

In Stralsund findet Klimaschutz entlang eines Klimaschutz-Masterkonzepts statt, während Wismar auf kleinteiligere Quartierskonzepte setzt. Konkreten Klimaschutz auszubauen jedoch, bleibt von Seiten der Verwaltungen oft Lippenbekenntnis oder wird nicht mit finanziellen Mitteln untersetzt. Bündnisgrüne fordern hier eine Haushaltspolitik, die Energieeinsparungen im Fokus hat, und so freiwerdende Mittel in eine Bildungsoffensive zum Klimaschutz umschichtet. Bündnisgrüne unterstützen Klimaschutz-Nachbarschaftsprojekte. Und sie fordern die Verwaltungen auf, aus einem Status quo auszubrechen, bei dem seit Jahren Energiekennzahlen nicht offengelegt werden, wodurch eine transparente Grundlage für Einspar- und Effizienzmaßnahmen entzogen wird. Darauf könnten beispielsweise Schulen eigene Projekte starten und umsetzen.

Begründung

Beispiele und Forderungen aus Wismar und Stralsund werden ergänzt.

Unterstützer*innen

Rene Fuhrwerk (KV Nordwestmecklenburg); Petra Seidenberg (KV Nordwestmecklenburg); Tobias Wilmes (KV Vorpommern-Rügen); Levy Hoffmann (KV Vorpommern-Rügen)